

# **Open Access Repository**

www.ssoar.info

## Makedonien im Sommer 1998: politischökonomische Momentaufnahmen im Schatten des Kosovo-Konflikts

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version Forschungsbericht / research report

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Oschlies, W. (1998). *Makedonien im Sommer 1998: politisch-ökonomische Momentaufnahmen im Schatten des Kosovo-Konflikts.* (Berichte / BIOst, 39-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43694

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.



#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und internationale STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.uni-koeln.de/extern/biost ISSN 0435-7183

### Inhalt

	Seite
Kurzfassung	3
1. Einleitung	7
2. Standortbestimmung im August	8
3. Wirtschaft	12
4. Parteien, Koalitionen, Wahlen	14
5. Präsident Gligorov: Altenteiler im wohlbestellten Haus?	17
6. Makedonen, Albaner, Kosovokonflikt und NATO	22
7. Zusammenfassung	26
Summary	29

27. August 1998

#### **Wolf Oschlies**

#### Makedonien im Sommer 1998

Politisch-ökonomische Momentaufnahmen im Schatten des Kosovo-Konflikts

Bericht des BIOst Nr. 39/1998

#### **Kurzfassung**

#### Vorbemerkung

Der seit Jahresbeginn 1998 zu Kämpfen, Zerstörungen und Vertreibungen eskalierende Kosovo-Konflikt hat internationale Aufmerksamkeit auf Makedonien gelenkt. Die Republik liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des Kosovo, ein knappes Viertel ihrer Gesamtbevölkerung besteht aus ethnischen Albanern (in kompakter Siedlungsweise an der Westgrenze, direkt am Kosovo), ein *Spill over* des Konflikts nach Makedonien erscheint möglich.

Makedonien hat als einziger ex-jugoslawischer Nachfolgestaat 1990/91 seine eigenstaatliche Emanzipation "ohne einen einzigen Schuß" (Präsident K. Gligorov) erreicht und seither jede nur denkbare Anstrengung unternommen, seinen Status als "Oase des Friedens" zu bewahren. Dabei wurde ihm wachsende internationale Unterstützung zuteil – diplomatisch (Anerkennungen 1993), militärisch (UNPREDEP 1993) und wirtschaftlich –, die momentan noch ausgeweitet wird: Verlängerung und Ausweitung des UNPREDEP-Mandats, NATO-Präsenz im Lande.

Das kleine (25.713 Quadratkilometer, 2,12 Mio. Einwohner) und wirtschaftlich schwache Land (BIP 1997: ca. 2 Mrd. \$, Arbeitslosigkeit offiziell über 30%) wird im Oktober 1998 Wahlen haben, die ihre Schatten vorauswerfen: Gerangel um Koalitionen, nationalistische Töne im Wahlkampf, populistische Anwürfe gegen die sozialdemokratisch-sozialistische Regierungskoalition. Bedeutung haben diese nicht, charakteristisch für makedonische Politik sind sie schon gar nicht: Makedoniens "Festlegung auf EU und NATO" (Gligorov) wird mit einer solchen Konsequenz durchgehalten, daß das Land mitunter wie eine Antizipation eines befriedeten, "europäischen" Balkans anmutet.

Die nachfolgende Darstellung gibt ein kurzes Porträt Makedoniens im Sommer 1998. Sie basiert auf allgemein zugänglichen Quellen, wie sie der Autor seit Jahren analysiert und jetzt bei einem Aufenthalt beim 31. internationalen *Seminar für makedonische Sprache*, *Literatur und Kultur* abrunden konnte.

Ergebnisse

Berichte des BIOst 1998

- 1. Die makedonischen Wahlen im Oktober 1998 könnten zu einem Machtwechsel führen, da die Opposition gewachsen und erstarkt ist und sich konzeptionelle Fehler der Regierung zunutze macht. Weithin auszuschließen ist indessen, daß irgendeine Partei die alleinige Macht erringt; Koalitionen werden unvermeidlich sein, und eine Koalition *ohne* Beteiligung der Albaner ist kaum vorstellbar.
- 2. Die aktuelle Häufung von Feier- und Gedenktagen im August 1998 gab Präsident Gligorov Gelegenheit, in zwei großen Interviews eine Standortbestimmung Makedoniens vorzunehmen: Im Lande herrscht (relativer) Frieden. Daran sind die Menschen und Medien so gewöhnt, daß sie gewisse Gefahren und Bedrohungen vergessen. Makedonien genießt den präventiven Schutz durch die internationale Gemeinschaft, befürchtet aber, in übereilte Aktionen und Interventionen der NATO einbezogen zu werden. Und es weiß, daß es bei der EU als ein Land gilt, das zahlreiche Probleme mit seinen Nachbarn hat bemüht sich aber, deutlich zu machen, daß es diese Probleme (Sprachenstreit mit Bulgarien, Namensstreit mit Griechenland) weder verursacht hat, noch im Sinne ihrer Urheber lösen kann.
- 3. Makedonien hat seinen (relativen) Frieden mit enormen ökonomischen Belastungen erkaufen müssen und frühere Standards nocht nicht wieder erreicht. Allerdings zeigt sich gerade 1998 eine spürbare Verbesserung der Lage: Industrieproduktion gewachsen, Außenhandel ansteigend, neue Arbeitsplätze, niedrige Inflation, erhöhtes Interesse ausländischer Investoren. Korrekturen der partiell verunglückten Privatisierung sind eingeplant und werden in nächster Zukunft erfolgen.
- 4. Änderungen des Wahlrechts und Wahlmodus bewirkten, daß im Vorfeld der Wahlen eifrig Koalitionen der Parteien debattiert wurden. Dabei kamen vor allem die Heterogenität der potentiellen Partner und die Unvereinbarkeit ihrer Standpunkte zutage. Die monatelang verhandelte Oppositionskoalition aus Nationalisten und Liberalen kam wegen überzogener Forderungen der ersteren nicht zustande, die Koalition aus gemäßigten und radikalen Albanern dürfte ihren Bestandstest erst nach den Wahlen erleben, da sie um der ethnischen Einheit willen praktisch alle Probleme und Streitfragen ausgeklammert hat.
- 5. Das nächste Parlament wird eher dem von 1990 als dem von 1994 ähneln, d.h. es wird von starken Fraktionen der Nationalisten und der Sozialdemokraten dominiert werden, wobei die Albaner sozusagen "das Zünglein an der Waage" spielen. Die internationale Gemeinschaft, vertreten durch US-Botschafter Hill, hat längst signalisiert, daß sie keinen "Favoriten" unter den Parteien hat, wohl aber mit jeder künftigen Regierung kooperieren kann und wird.
- 6. 1999 wird Präsident Kiro Gligorov (\*1917) endgültig aus dem Amt scheiden, dabei aber ein "wohlgeordnetes Haus" Makedonien hinterlassen. Die Darstellung gibt eine kurze Würdigung der "Ära" Gligorov, der 1990/91 eher zufällig an die Staatsspitze kam, sich aber danach als ausgesprochener Glücksgriff erwies: Daß Makedonien die ganzen 90er Jahre als Friedensperiode durchleben konnte, war vor allem seiner Weitsicht und Weisheit zu verdanken. Und Gligorov hat ein paar politische *Essentials* fixiert außenpolitische

Äquidistanz, innenpolitische Bürgergesellschaft, europäische Option etc. –, die für makedonische Politik auch in Zukunft verbindlich sein werden.

7. Makedonien ist im ersten Halbjahr 1998 mehrfach von der albanischen Untergrundtruppe UCK als nächste "Zone" großalbanischer Kämpfe markiert worden, was die Regierung in Skopje als haltloses Bramarbasieren behandelte – zu Recht, wie sich mittlerweile herausstellte. In Makedonien gibt es keine UCK-"Kämpfer" und keine jugoslawischen Minen, und vermehrte (und international unterstützte) Bemühungen um den Schutz der Grenzen (232 km mit Serbien, 191 km mit Albanien) sollen dafür sorgen, daß das so bleibt. Innenpolitisch ist die Regierung darauf bedacht, durch wohlerwogene Konzessionen den albanischen Radikalismus weiter zu dämpfen, und bei Makedonen um Verständnis für gewisse "Überkompensationen" bei der albanischen Volksgruppe zu werben. Dabei geht man davon aus, daß die jüngste Kommunalreform für baldige Besserung des interethnischen Verhältnisses sorgen wird, und daß Makedonen wie Albaner den Wert eines friedlichen Makedonien zu schätzen wissen – gerade unter dem Eindruck der Tragödie im benachbarten Kosovo.

#### 1. Einleitung

Ungeachtet der ungewöhnlichen Hitze 1998 reifte in Makedonien eine Rekordernte heran. Bis Ende Juli waren rund 80 Prozent der 113.868 ha Felder abgeerntet, was u.a. eine Menge von 300.043 Tonnen Weizen erbrachte. Daraufhin ergab sich sofort die Frage, wer das Getreide kaufen sollte. Die Regierung hatte zwar Aufkaufpreise festgelegt, besaß aber kein Geld, die Großmühlen und -bäckereien erst recht nicht.<sup>1</sup>

Dieser Umstand dürfte bezeichnend sein für das gegenwärtige Makedonien. Das Land lebt in relativer (politischer und materieller) Sicherheit, aber seine derzeitige sozialdemokratischsozialistische Regierungskoalition unternimmt nur zögernde Reformschritte; was sie mit der einen Hand gibt und konzediert, das zerstört sie oftmals mit der anderen wieder, indem sie Zentralismus den Vorzug vor regionaler Eigenentwicklung gibt und Parteistrategien über inidividuelle Initiativen setzt. Dadurch bleibt Makedonien noch auf längere Zeit dazu verurteilt, kaum über das materielle und kulturelle Niveau eines Entwicklungslands hinauszukommen.<sup>2</sup>

Dennoch scheint diese Regierung momentan unverzichtbar: Sie allein garantiert internationale Kooperationsbereitschaft mit Blick auf die benachbarten Krisenherde Kosovo und Albanien; sie erfreut sich des Wohlwollens der internationalen Gemeinschaft. Die Opposition (Nationalisten, ex-kommunistische "Liberaldemokraten", albanische Parteien) ist (noch) zu zerstritten und konzeptionslos, um die Regierung gefährden zu können. Aber das kann sich bis zu den Wahlen, die für den 18. Oktober anberaumt sind<sup>3</sup>, noch ändern.

Die Wahlen werfen insofern Schatten voraus, als die dominierende Stellung der Regierungskoalition die Opposition zwingt, eigene Koalitionen zu bilden, was bei der extremen Heterogenität der potentiellen Teilnehmer überaus schwierig ist, und in der Öffentlichkeit zunehmend demagogische Töne anzuschlagen: Die (fast) bedingungslose Zustimmung der Regierung zu allen Plänen und Aktionen der NATO (der in Makedonien Gelände überlassen wurde), wird dann als sozusagen hochverräterischer "Ausverkauf" Makedoniens hingestellt und ähnliches mehr.

Das alles ist nicht sonderlich ernstzunehmen, wird auch von der seriösen Presse zu größeren Teilen einem von Anfang an fehlgeleiteten Wahlkampf zugeschrieben. Aber die Frage ist eben, ob nicht langfristige konzeptionelle und strategische Fehler der Regierung, deren soziale Auswirkungen auf die Bevölkerung nicht zu verkennen sind, und die kurzfristige Demagogie der Opposition einander wechselseitig "aufschaukeln" und so bei den Wahlen ein Machtwechsel eintreten könnte. Andererseits muß man der Regierung aber auch zugute

Nova Makedonija 5.8.1998

Vasil Tupurkovski: Vlasta go kontrolira obrazovanieto (Die Macht kontrolliert die Bildung), in: Fokus 30.6.1998, S. 40

Bericht über die Pressekonferenz des Parlamentspräsidenten Tito Petkovski in: Nova Makedonija 7.8.1998

halten, daß sie gegenüber Anlässen, die (fast) die ganze Öffentlichkeit in Wallung bringen, eine staunenswerte Gelassenheit an den Tag legt: In mehreren Städten Makedoniens hat es Explosionen vor Polizeistationen gegeben, die allgemein dem Wirken der albanischen UCK (= "Albanische Befreiungsarmee des Kosovo") zugeschrieben wurden; zudem hatte diese terroristische Truppe über ihren Sprecher Krasniqi mehrfach verkündet, daß Makedonien ("Zone 2") ihr nächstes Ziel sei, und in West-Makedonien hatte es in albanischen Mehrheitsgemeinden bereits lärmende "Meetings" zur Unterstützung der UCK gegeben. Das alles war für offizielle Stellen kein Anlaß, nervös zu werden – solange man keine hieb- und stichfesten Beweise habe, gehe man davon aus, daß die UCK in Makedonien *nicht* aktiv sei. Und wie der jüngste Lauf der Dinge im Kosovo gezeigt hat – faktische Zerschlagung der UCK, Konflikte und Zersplitterungen in der politischen "Szene" der Kosovo-Albaner –, war das ja auch wohl die denkbar vernünftigste Einstellung.

#### 2. Standortbestimmung im August

Der August ist in Makedonien traditionell der Zeitpunkt höchster Staats- und Kirchenfeiertage, und 1998 boten sich besonders viele Anlässe an: 1.000 Jahre *Staatlichkeit* (gerechnet ab dem Königreich von Samuil, das allerdings auch die Bulgaren für sich reklamieren), 95 Jahre seit dem *Ilinden*-Aufstand 1903, 55 Jahre seit der Proklamierung der Republik Makedonien 1944 (in der jugoslawischen Föderation), 50 Jahre seit Beginn der Vertreibung zahlreicher Makedonen aus Nordgriechenland (im Gefolge des damaligen griechischen Bürgerkriegs) etc.<sup>6</sup>

Im Grunde handelt es sich hierbei nicht um *Feiertage* (weil die Anlässe zumeist alles andere als festlich waren<sup>7</sup>), wohl aber um wichtige Gedenktage, und sie alle dokumentieren ein Gefühl für historische Kontinuitäten, das sich so nirgendwo in Ex-Jugoslawien wiederfindet: Von den antiken *Makedonen* (mehr als ein halbes Jahrtausend vor Christus) über die frühslavische Rolle Makedoniens als allslavisches Schrift- und Kulturzentrum bis zu den neuzeitlichen makedonischen Aufständen gegen die osmanisches Fremdherrschaft und zu den makedonischen Kommunisten, die 1944 den makedonischen Staat mit allen seinen Attributen schufen, gehört jedes Ereignis zur identitätsstiftenden Geschichte Makedoniens, das heute von der internationalen Gemeinschaft als souveräner Staat anerkannt ist.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> So ein Kommentar von Gordana Icevska im "Dnevnik", den Makedonsko vreme (Nr. 45-46/1998, S. 29) nachdruckte.

Fehim Redžepi: Sostojbata na terenot ja diktira politikata (Die Lage im Gelände diktiert die Politik), in: Denes Nr. 43, 6.8.1998, S. 41-42

Kosta Popovski: Potrajno od vremeto (Dauerhafter als die Zeit), in: Večer 1.-3.8.1998

Ante Popovski: Sami sozadavame istorija na fragmentarna zemja i na decimalen narod! (Wir selber schaffen die Geschichte eines fragmentarischen Landes und eines dezimierten Volks!), in: Makedonsko vreme Nr. 45-46 (Juli-August) 1998, S. 7-8

<sup>8</sup> Ivan Katardžiev: Makedonija – država so dlaboki istoriski koreni (M. – Staat mit tiefen Geschichtswurzeln), in: Večer 1.-3.8.1998

Makedoniens gegenwärtiger Staatspräsident Kiro Gligorov (\*1917) hatte 1944 als junger Jurist an der staatsgründenden Versammlung im südserbischen (oder nordmakedonischen) Kloster *Prochor Pčinjski* teilgenommen; 1998 gab er ein ausführliches Interview, in welchem er einleitend Gegenwart und Vergangenheit verglich:

Vielleicht sollte man kommentieren, warum bei uns ein Teil der Bevölkerung oder einige Parteien sich mit aller Kraft bemühen, entweder die Erhebung im Zweiten Weltkrieg zu problematisieren oder sie als ein Werk der Serben hinzustellen, während andere wiederum des Glaubens sind, daß der damalige antifaschistische Kampf, der praktisch die ganze Nation integriert hatte, als etwas zu deuten wäre, das nicht organisch im Bewußtsein unseres Volkes entstanden sei, schon gar nicht in seinem nationalen Bewußtsein, weil dieser Staat letztlich von der KOMINTERN beschlossen worden sei, woraufhin dann auch Sprache und Nation Komintern-Gebilde seien und der ganze Staat nur ein notwendiges Geschenk, damit die damalige Sowjetunion ihre Wünsche diktieren konnte, ganz im Gegenteil zu Griechenland und Bulgarien (...) Das ist die Basis für neue Aspirationen gegen Makedonien, die gar nicht so neu sind.

Makedonien hat, so Gligorov weiter, in seiner Geschichte und vor allem in seiner Gegenwart jene balkanische "Taktik" vermieden, interethnische Probleme zu blutigen Konflikten eskalieren zu lassen. Das hat dem Land die Kämpfe und Zerstörungen erspart, die im ganzen restlichen Ex-Jugoslawien tobten oder noch toben. Aber das heißt natürlich nicht, daß Makedonien keine Probleme mit seinen nationalen Minderheiten hat, und maximal ausgeräumt werden diese erst im Maße der staatlichen Entwicklung hin zu einer Bürgergesellschaft (grag'ansko opštestvo), deren Wesen der Präsident in einer Einfachheit erläuterte, die wohl nur auf dem zerrissenen Balkan von heute ungewöhnlich anmutet: Alle Bürger genießen gleiche Rechte und Pflichten – "aber mit dem einen Zusatz: Minderheiten müssen einen besonderen Schutz hinsichtlich jener Gesetze haben, die sich auf ihre Identität beziehen", also bei Sprache, Kultur, Medien etc. Weiterhin: Alle, die in diesem Staat leben, müssen einander zuerst als Menschen respektieren, sich dann als Staatsbürger eines gemeinsamen Staates fühlen und zuletzt mit dem Bewußtsein leben, daß sie sich in Ethnizität, Sprache, Glauben etc. unterscheiden.

Makedonien scheint unter dem kontrastierenden Druck regionaler Konflikte, nach Ansicht seines Präsidenten, auf diesem Weg recht gut voranzukommen, wie dieser in einem weiteren Interview<sup>11</sup> erkennen ließ. Gefragt, ob er sich neueste Aufregungen wegen des Überfliegens Makedoniens durch NATO-Flugzeuge erklären könne, sagte Gligorov:

Mir ist klar, warum so etwas Aufregung in Makedonien bewirkt. Wir haben es in diesen acht Jahren geschafft, daß wir nicht in die Ereignisse im Norden von uns einbezogen wurden, in Bosnien und in Kroatien. Unsere Eigenstaatlichkeit (osamostojuvanje) verlief auf einem völlig anderen Weg. Tatsächlich haben die Menschen diesen Frieden und die relative Sicherheit mit einer Halbierung des Lebensstandards und des Nationaleinkommens, welches das Land hatte, bezahlt. Aber das ist immer noch besser, als wenn wir in gewisse Konflikte hineingezogen worden wären, wie es derzeit im Kosovo der Fall ist, als wenn auch wir menschliche und andere Opfer leisten müßten. Es geht also um unsere Sicherheit, und da darf kein einziger Mensch gleichgültig sein. (...) Die Besorgnis hängt auch mit der ethnischen Vielfarbigkeit

Vgl. die Teilnehmerliste in: Makedonsko vreme Nr. 45-46/1998, S. 2: "Štip: Kiro Gligorov, Advokat".

Wortlaut in: Nova Makedonija 1.-3.8.1998 (künftig: Interview 1)

In der Skopjer Tageszeitung "Dnevnik", hier zit. nach dem vollständigen Nachdruck in: Makedonija vo svetot Juli-August 1998, S. 26-29 (künftig: Interview 2)

(etnička šarenolikost) unseres Landes zusammen. Ein Drittel unserer Bevölkerung besteht aus Minderheiten. Davon sind 22,9 Prozent Albaner, von denen ich mir vorstellen kann, warum sie nicht gleichgültig gegenüber dem sind, was im Kosovo passiert, und daß sie nicht nur auf sich selber und ihr Haus schauen. Stellen wir uns doch nur vor, daß auch wir eine halbe Million Makedonen in Griechenland und einige Hunderttausende Makedonen in Pirin-Makedonien (= südwestliches Bulgarien, W.O.) haben. Wie würde man wohl bei uns denken, wenn diese Menschen irgendwelche Aktivitäten begännen, um gewisse eigene Rechte durchzusetzen? Das muß nicht gleich das Recht und der Wunsch nach Unabhängigkeit oder der Anschluß an Makedonien sein. All das würde harten Widerstand in diesen Ländern hervorrufen (...).

Welche konkreten politischen, wirtschaftlichen und anderen Probleme hat Makedonien im Moment? Es ist ein kleines, unterentwickeltes Land, das aber nur 25 Prozent seiner Produktion auf dem eigenen Markt absetzen kann und mit dem Rest ins Ausland gehen müßte. Das ist im Prinzip möglich, praktisch aber sehr beschränkt, denn Makedonien wird durch kriegerische Verwicklungen in Nachbarländern behindert. Zu Recht kann sich Präsident Gligorov rühmen, daß während seiner siebenjährigen Amtszeit in Makedonien (relativer) Friede herrschte, aber wenn man einige Äußerungen Gligorovs zusammenstellt, wird die *vierfache* Bedrohung dieses (relativen) Friedens deutlich:

(...) in der Konstellation, in welcher wir mit den Nachbarn leben, können wir mit (unseren) Abwehrkräften unsere Unabhängigkeit nicht verteidigen. (...) als Menschen macht mich am meisten besorgt, daß im Bewußtsein unserer Leute immer mehr die Erkenntnis schwindet, mit welchen Risiken und Gefahren Makedonien konfrontiert ist, daß wir alles, was wir geschaffen haben, auch bewahren müssen. (...) In den Zeitungen, in den elektronischen Medien wird nur unzureichend darauf verwiesen, in welcher Situation wir uns derzeit befinden, was alles auf dem Spiel steht. Erst wenn sich der Krieg vom Kosovo auf Makedonien ausweitet, werden wir sehen, was das bedeutet. (...) Davor habe ich mich am meisten gefürchtet, daß das (eine NATO-Intervention im Kosovo von Makedonien aus, W.O.) nicht nur eine Idee ist: Erst fliegen da ein paar Flugzeuge, dann schicken wir 10.-20.000 Soldaten nach Makedonien und Albanien, und am Ende marschieren die von dorther ins Kosovo und erledigen die Sache.

Makedonien will im Moment nur überleben, mit seinem "(relativen) Frieden" und seinen geringen, sich aber verbessernden wirtschaftlichen Chancen, wobei sein Präsident die Gewißheit hat, daß es nicht überlange in dieser Unsicherheit verharren muß:

Ich sehe Makedonien in Europa und in der EU. (...) Ich sehe Makedonien zu Beginn des kommenden Jahrhunderts, irgendwann zwischen 2005 und 2010, als gleichberechtigtes Partnerland in der EU oder zumindest als assoziiertes Mitglied der Union mit allen Vorteilen und Verpflichtungen, und andererseits wird die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit mit der NATO in einer Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft enden, was in noch höherem Maße die militärische Sicherheit unseres Landes gewährleisten wird. <sup>13</sup>

Aber der Präsident weiß jedoch auch, daß "es richtig ist, daß in die Europäische Union niemand ein Mitglied aufnehmen will, das so viele neue Probleme mit sich bringt", Probleme mit seinen Nachbarn nämlich – Probleme, die Makedonien weder verschuldet hat, noch im Sinne seiner Nachbarn lösen kann. Bulgarien hat beispielsweise als erstes Land der Welt Makedonien anerkannt – "als Staat", was "nicht bedeutet, daß es die makedonische Sprache und die makedonische Nation anerkennt". Dagegen könnte man, als nicht Betroffener,

<sup>12</sup> Interview 1

<sup>13</sup> Interview 1

einwenden, daß Nationen und Sprachen nirgendwo in der Welt "anerkannt" werden, aber auf dem Balkan gibt es nun mal keine Normalität, und so befürchten die Makedonen, daß die bulgarische differenzierte Anerkennung eines Tages zu der Forderung überleitet, "daß es um ein Volk in zwei Staaten geht". Ähnlich ist es mit Griechenland, das Makedonien seit Jahren den Staatsnamen bestreitet und dafür sogar Teilunterstützung in der UNO fand, die Makedonien in ihren Resolutionen als "Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien" bezeichnet. Zwar hat sich der Streit insofern entschärft, daß Griechenland und Makedonien einander in Verhandlungen als "die eine Seite" und "die andere Seite" bezeichnen. Auf diese Weise wurden statt früherer einseitiger Embargos Grenzen geöffnet, aber Makedonien kann und will nicht auf alle Athener Wünsche eingehen. Gligorov:

Ich habe oftmals klar und entschieden gesagt, daß es in Makedonien keinen bevollmächtigten Politiker gibt, egal ob von der Regierung oder in der Opposition, der bereit wäre, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem auf den Namen Makedonien verzichtet wird. Einen solchen gibt es nicht.

Nicht zu Unrecht wird Gligorov von den Makedonen star lisec genannt: alter Fuchs. Und gerade in der leidigen "Namensfrage" zeigt der Präsident, daß er diesen (wohlmeinenden) Spitznamen vollauf verdient. Schon vor Jahren schlug er in Interviews mit Athener Blättern Griechenland vor, es könne die Republik Makedonien nennen, wie es ihm beliebe. Jetzt hat er seinen früheren Vorschlag zu einer Taktik ausgeweitet, 15 die Griechenland unweigerlich und vermehrt jener internationalen Lächerlichkeit aussetzen wird, die sich vor Jahrzehnten die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Eiertänzen um die "sogenannte DDR", das "Gebilde DDR", "Mitteldeutschland" etc. zugezogen hatte. Gligorov betont nach wie vor, daß er in Sachen Staatsnamen durchaus zu einem "Kompromiß" bereit sei, aber dessen Natur ist von besonderer Art: Grundsätzlich wird Makedonien nicht auf seinen Namen verzichten, nicht im Umgang mit irgendeinem Staat, nicht in den Vereinten Nationen, nirgendwo. Aber weil man die Griechen nicht zwingen könne, das Land beim Namen Republik Makedonien zu nennen – "wie auch die uns zu nichts zwingen können (obwohl sie es seit Jahren versuchen)" –, müsse man eben in bilateralen Bemühungen zu einer Einigung kommen. In diesem Sinne habe Makedonien vor Jahren seinen Vorschlag unterbreitet, "aber die griechische Seite hat ihn verworfen". Der Vorschlag enthielt natürlich keine Alternative zum Namen, sondern wiederholte nur, daß Griechenland Makedonien nach eigenem Gutdünken benennen könne – "über einen konkreten Namen sollte man erst danach reden". Danach? Wenn Griechenland eine erste Blamage hinnahm und nun eine zweite bekräftigen soll? Schon jetzt hat Makedonien einen Teilerfolg verbuchen können: Griechenland möchte seinen Nachbarn im Norden zwingen, vor aller Welt und im Umgang mit aller Welt seinen Staatsnamen abzulegen - Makedonien demonstriert aller Welt, daß der angebliche "Streit" eine einseitig von Athen lancierte Obsession ist, die nur deswegen keine größeren Friktionen auf dem Balkan hervorbringt, weil Skopje sie als drittrangige Querele herunterspielt.

<sup>14</sup> Interview 1

<sup>15</sup> Interview 2

Gligorovs (zweites) Interview fiel zeitlich mit einem Vorschlag des griechischen Außenministers Theodoros Pangalos zusammen, daß der nördliche Nachbar sich fortan "Republik Makedonien-Skopje" nennen sollte, denn "man muß eine Lösung finden, so daß die etwas behalten, was sie als wesentlich für ihre Identität ansehen, und daß auch wir die Dinge bereinigen, die mit unserem Makedonien als dem größten Teil Makedoniens zusammenhängen". <sup>16</sup> Das klingt, als wollte die deutsche Region Franken von Frankreich verlangen, es solle sich künftig *Frankreich-Paris* nennen. Makedonien hat in den vergangenen Jahren mehrfach seine Verfassung geändert (um ausdrücklich auf jegliche Territorialansprüche gegenüber Nachbarn zu verzichten), hat seine ursprüngliche Staatsflagge ausgewechselt (die die *Sonne von Kutleš* bzw. den *Stern von Vergina* zeigte, das Hauswappen Alexanders des Großen aus vorchristlichen Jahrhunderten) und anderes mehr getan, um griechischen Monita zu genügen. Diese Konzessionen hatte Gligorov wohl erwogen und früh eingeplant – um die größte und unberechtigtste Konzession zu verweigern, nämlich den Namen der Republik zu ändern. Athen ausgenommen, hat er dafür weltweites Verständnis.

#### 3. Wirtschaft

In seinem (ersten) Interview wurde Gligorov, der jahrzehntelang in Belgrad höchste Wirtschaftsposten bekleidete,<sup>17</sup> auch gefragt, warum er sich nicht mehr um die Wirtschaft kümmerte. Weil (so seine Antwort) Meinungen, Bewertungen zur und Perspektiven der Wirtschaft so divergent seien, zumal im derzeitigen beginnenden Wahlkampf, daß er sich hier kraft seiner Position zurückhalten müsse – aber "persönlich meine ich, daß es positive Zeichen in der Wirtschaft gibt".

Das ist gewiß richtig. In den ersten sechs Monaten 1998 stieg die Industrieproduktion, im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres, um 11,7 Prozent, wobei 23 von insgesamt 32 Branchen eine Steigerung aufwiesen. Gleichzeitig stiegen die Verbraucherpreise von Januar bis Juli 1998 nur um 1,9 Prozent. Das und anderes veranlaßte Finanzminister Taki Fiti zu der optimistischen Prognose, daß 1998 ein Wirtschaftswachstum von 5, im nächsten Jahr sogar von 6 - 7 Prozent erreicht werden könnte – sofern es "nicht zu einer ernsten Verschärfung der politischen und sicherheitspolitischen Lage in der Region kommt". <sup>18</sup>

Auch im – chronisch defizitären – Außenhandel zeigt sich ein Silberstreif am Horizont: Im ersten Quartal 1998 exportierte Makedonien für 293,0 Mio. \$ (+7,4% gegenüber 1997) und importierte für 396,3 Mio. \$ (+5,9%). In Makedonien definiert man diese Entwicklung dahingehend, daß zum einen die Dynamik des Imports schwächer wird, und daß zum zweiten Im-

-

Signali za kompromis od Atina? (Kompromiβ-Signale aus Athen?), in: Makedonija vo Svetot 17.-30.7.1998, S. 10

Gligorov gehörte nie dem engsten Machtzentrum an, weil er stets eine kritische Distanz dazu wahrte und diese in der Spätphase Jugoslawiens auf ein Höchstmaß steigerte, vgl. Kiro Gligorov: Aktuelnite ekonomski sostojbi i dviženja vo zemjata (Aktuelle Zustände in der Wirtschaft und Bewegungen im Lande), in: Delo (Štip) Nr. 3/1988, S. 177-186

Josif Džočkov: Ekonomski fakti (Wirtschaftliche Tatsachen), in: Nova Makedonija 1.-3.8.1998

portgüter zunehmend produktiver angelegt werden, wie das zweistellige Industriewachstum zeigt. Daraus scheint wiederum eine günstige territoriale Umverteilung der Handelsströme zu resultieren: Der Außenhandel mit der EU stieg im ersten Quartal1998 um 8,6 Prozent, und absolut größter Handelspartner Makedoniens ist Deutschland, mit dem von Januar bis April 1998 sogar ein Überschuß erwirtschaftet wurde: Export 86,82 Mio \$ (21,6 % des Gesamtexports), Import 64,9 Mio \$ (11,2%).

Im übrigen dürfte der makedonische Handel mit der EU kräftig ansteigen: Am 15. August 1998 endete ein zweijähriges EU-Verbot für die Ausfuhr von Lammfleisch aus Makedonien, womit das Land wieder mindestens 1.750 Tonnen Fleisch im Gesamtwert von rund 15 Mio. US-Dollar pro Jahr exportieren wird. Vermutlich sogar mehr, denn die Makedonen haben die zwei Jahre gut genutzt, um die strengen EU-Bestimmungen – tierärztliche Überwachung von Tierhaltung und Fleischproduktion, Dokumentation der Herkunft jedes einzelnen Tiers etc. – zu eigenen Regeln zu machen.<sup>20</sup>

Ganz allgemein hat Makedonien 1998 erstmals eine nennenswerte "Vergrößerung des Umfangs ausländischer Investitionen" verzeichnet. Wieviele es genau waren, wurde nicht gesagt, aber vorwiegend scheinen sie im Telekommunikations- und Energiebereich getätigt worden zu sein. Bedeutsamer ist in jedem Fall, daß Makedonien in der Vergangenheit wegen äußerer und innerer Faktoren von Investoren gemieden wurde: Die ganze Region galt als "neuralgisch", die makedonischen Privatisierungsmodelle wurden als unzulänglich und bürokratisch angesehen. Alles das hat sich geändert: Makedonien ist nicht mehr der "kleine, geschlossene Markt" in einer riskanten Umgebung, sondern ein langfristig friedliches Land, dessen politische und ökonomische Bedeutung auf dem Balkan wächst – ein Image, das fremde Investoren, unter ihnen die deutschen Firmen "Krupp" und "Mercedes", gewissermaßen "belohnen".<sup>21</sup>

Im Mai und Juni 1998 setzten sich die positiven Trends der Wirtschaft im wesentlichen fort, und der saisonale Preisrückgang für Lebensmittel sorgte dafür, daß die Lebenshaltung günstiger wurde: Der Warenkorb einer vierköpfigen Familie kostete im Juni 9.450 Denar, 500 Denar weniger als im Mai (1 DM = 32 Denar). Im Mai waren insgesamt 315.781 Personen erwerbstätig, und ihr monatliches Durchschnittseinkommen betrug 9.204 Denar; allerdings "bekamen 12,7 Prozent aller Berufstätigen im Mai nicht ihren Lohn". Solche Verspätungen sind üblich und betrugen bislang rund 20 Prozent, so daß diese Zahl eine relative Verbesserung darstellt.<sup>22</sup>

Von allen diesen kleinen Ermutigungen unberührt bleibt einstweilen das wirtschaftliche Grundproblem, die überaus hohe Arbeitslosigkeit: Bei allen Umfragen wird sie als

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Zoran Stavrevski: Izvozot – bez alternativa (Der Export – ohne Alternative), in: Nova Makedonija 11.8.1998

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Bericht in: Nova Makedonija 11.8.1998

Interview mit Finanzminister Taki Fiti, in: Puls 30.7.1998, S. 13-16

Bericht in: Nova Makedonija 8./9.8.1998

drängendste Sorge zuerst genannt, und nun scheint sie auch noch Wahlkampfthema zu werden. Die Regierung beziffert die Arbeitslosenrate mit 31, die Opposition mit 60 Prozent. Richtig dürfte sein, daß in Makedonien derzeit mehr Arbeitslose (330.000) als Beschäftigte (310.000) registriert sind,<sup>23</sup> wie andererseits aber auch die Regierungspolitik in den ersten sieben Monaten 1998 zu 47.000 Neueinstellungen führte.<sup>24</sup>

Ein letztes Wirtschaftsproblem ist, daß die vor etwa fünf Jahren gestartete Privatisierung der Industrie ein Thema des Wahlkampfs geworden ist: Die größte Oppositionspartei hat über ihren Führer Ljupčo Georgievski erklären lassen, daß sie im Falle ihres Wahlsieges eine partielle "Revision" der Privatisierung veranlassen werde. 25 Fachleute nahmen diese Ankündigung mehr als gelassen auf: Die wenigen Oppositionellen, die von der Materie etwas verstünden, Boris Stojmenov etwa, seien "sehr gesuchte Konsultanten" bei Privatisierungen bzw. längst Besitzer ehemaliger Staatsbetriebe, und alle anderen wüßten wohl nicht, was sie da sagten. Klar und unbestritten sind einige Details: Buchstäblich niemand war gegen die Privatisierung oder deren gesetzliche Regelung. Also wurden 1.216 Betriebe privatisiert, und diese Zahl erhöhte sich durch Betriebsteilungen sogar noch auf 1.300. Dabei kam es natürlich zu Unregelmäßigkeiten: Mindestens zehn Privatisierungen wurden gerichtlich rückgängig gemacht, hunderte von der zuständigen "Agentur" gestoppt, weitere Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Und das heißt doch nichts anderes, als daß "vor einer Revision nicht nur niemand flüchtet, sondern daß diese sogar erwünscht und vom Gesetz auferlegt ist". Eine Revision der Privatisierung würde also in jedem Falle kommen, aber die neuesten oppositionellen Erklärungen könnten sie durch Politisierung, staatliche Einmischung etc. auf den denkbar schlechtesten Weg bringen.<sup>26</sup>

#### 4. Parteien, Koalitionen, Wahlen

Die letzten Wahlen (Oktober 1994) nahmen insofern einen grotesken Verlauf, als ihre zweite Runde von der starken und damals extrem nationalistischen VMRO-DPMNE,<sup>27</sup> die der Dichter Ljupčo Georgievski führt (und 1990 zu einem glänzenden Wahlsieg geführt hatte), und von den Demokraten unter Petar Gošev, dem letzten KP-Chef Makedoniens, boykottiert wurde – was kaum jemanden störte, am wenigsten die zahlreich präsenten internationalen Wahlbeobachter (unter ihnen der Autor dieser Zeilen).

<sup>23</sup> Bericht in: Fokus 30.6.1998, S. 14-15

<sup>24</sup> Bericht in: Fokus 14.8.1998, S. 16

<sup>25</sup> Bericht in: Nova Makedonija 13.8.1998

Deficit iii. Nova iviakedollija 15.6.1996

Violeta Cvetkovska: Revizija i revizori (Revision und Revisoren), in: Nova Makedonija 15./16.8.1998

Der Name steht für *Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der makedonischen nationalen Einheit*, also ein Rückgriff auf makedonische Traditionen (VMRO) und ein programmatischer Appell; daneben gibt es noch einige Parteien, die sich VMRO (samt Zusätzen) nennen, W.O.

Die Demokraten, inzwischen mit den einstigen Liberalen zur *Liberaldemokratischen Partei* vereint, besaßen einmal eine starke Position, fielen aber bei letzten Umfragen immer stärker zurück. Die einstigen Liberalen hatten 1994 noch zu der Siegerkoalition *Union für Makedonien* gehört und in diese 29 Sitze eingebracht. Später zerbrach die Union, und die Liberalen gingen in die Opposition; auf lokalem Niveau näherten sie sich nach ihrer Vereinigung mit den Demokraten der VMRO-DPMNE an.

Im noch amtierenden Parlament waren nach den Wahlen von 1994 neun Parteien vertreten, unter denen die *Sozialdemokratische Union* (SDSM) mit 59 Abgeordneten (von insgesamt 120) die dominierende Position einnahm. Zusammen mit der *Sozialistischen Partei* (7 Sitze) und der albanischen *Partei der demokratischen Prosperität* (10 Sitze) stellte sie auch die Regierungskoalition.

In den nun bevorstehenden Wahlen werden 85 Abgeordnete nach dem Mehrheits-, 35 nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die absolute Mehrheit scheint keine Partei auch nur für sich zu erwarten, wobei von den insgesamt 37 teilnehmenden Parteien die meisten ohnehin keine Chance haben, über die Fünfprozenthürde ins Parlament zu gelangen. Verläßliche Wahlprognosen sind selten, und die von den Parteien selber verbreiteten Erwartungen addieren sich zu sozusagen mehreren Parlamenten: VMRO-DPMNE – 40-50, SDSM – 40, albanische Parteien zusammen – 23, LDP – 20, Sozialisten – 13, Demokratische Alternative (DA) von Vasil Tupurkovski (der einmal als "Kronprinz" Gligorovs galt) – 35 etc. Dabei hat kaum eine Partei auch nur die Kandidatenlisten fertig (die sie bis zum 13. September vorlegen muß), geschweige denn ihr Wahlprogramm; bei letzteren ist bekannt, daß praktisch alle Parteien die Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt haben, ohne genau zu sagen, wie die versprochenen neuen Arbeitsplätze, Firmenförderungen, Sozialleistungen etc. finanziert werden sollen.<sup>28</sup>

Interessant werden die Wahlen dennoch wegen der neuen Bestimmung, daß zur zweiten Wahlrunde nur die beiden bestplazierten Kandidaten der 83 Wahlkreise antreten dürfen. Das zwang praktisch alle Parteien, sehr früh Koalitionsgespräche zu beginnen, um sich abzusichern. Eine glückliche Figur machte dabei niemand, weil alle Gespräche nur unter parteitaktischen Aspekten geführt wurden, nicht aber mit Blick auf die zu großen Teilen noch unentschlossene Wählerschaft; ob diese durch das über zwei Monate währende Gezänk und Gefeilsche begeistert oder abgestoßen wurde, werden die Wahlen zeigen. Unverkennbar ist, daß speziell die kleinen Parteien der ethnischen Minderheiten (Türken, Serben, Roma u.a.) von der Angst umgetrieben werden, durch die neue Regelung endgültig aus dem Parlament hinausgedrängt zu werden, weswegen gerade sie sich um Koalitionen jeder Art bemühten. Insgesamt ist der Wahlkampf, soweit er überhaupt schon begonnen hat, bei der Opposition zu großen Teilen ein wirres Gemisch aus Geklüngel, persönlichen Eitelkeiten, nationalistischen

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Bericht in: V 13.8.1998

Sanja Vasik': Političkata trgovija pred finiš (Der politische Handel vor dem Finish), in: NM 15./16.8.1998

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> G. Duvnjak: Golemite gi brkaat malite? (Die Großen jagen die Kleinen?), in: Nova Makedonija 8./9.8.1998

Phrasen (z.B. die Forderung einer "Revision des Bukarester Friedensvertrags" von 1913, mit dem die Teilung Makedoniens besiegelt wurde), von Angst diktierten Gerüchten (z.B. daß Serbien auf makedonischem Territorium Minen ausgelegt habe, was das makedonische Verteidigungsministerium energisch dementierte) und ähnlicher "Themen, deren Schädlichkeit garantiert ist".<sup>31</sup>

Sicher ist, daß jede relevante Partei über einen mehr oder minder großen Anteil von "Stammwählern" verfügt, den vor allem die VMRO-DPMNE sorgfältig pflegt, dessen "Gefangener" sie aber nun wurde: Die Stammwähler verlangten, dem potentiellen Koalitionspartner LDP keine übergroßen Konzessionen zu machen – was in der Realität zu arrogant vorgetragenen und knapp bemessenen Sitzanteilen an die Liberalen führte. Diese waren aus regionalen und lokalen Koalitionen an 50:50-Teilungen gewöhnt und wollten nun nicht auf 15-35-Prozent-Angebote eingehen, weshalb die Verhandlungen am 14. August scheiterten, nachdem sie schon zuvor mehr und mehr wie ein eitler Show down Georgievski – Gošev ausgesehen hatten. Jetzt gehen beide getrennt in die Wahlen, und VMRO-DPMNE-Chef Georgievski verbreitet immer noch Siegeroptimismus – vermutlich um seine in "makedonische" und "vrhovistische" (= probulgarische) Strömungen getrennte Partei und Anhängerschaft wenigstens bis zu den Wahlen zusammenzuhalten. Daneben bemüht er sich um neue Partner, etwa um Tupurkovskis DA oder bei den Albanern – was gerade bei ihm, als den jahrelangen Verfechter einer "harten makedonischen Linie" fast schon grotesk wirkt.

Auch die SDSM ist in keiner beneidenswerten Lage. Ihr sozialistischer Partner "flirtet" nach allen Seiten, ihr albanischer Partner, die von Abdurahman Aliti geführte PDP, strebt ganz offen eine Koalition mit den albanischen Radikalen unter Arben Džaferi an. Džaferi selber weiß zwar, daß politischer Radikalismus im Moment in Makedonien nicht gefragt ist, glaubt aber dennoch, von früheren Positionen nicht abrücken zu können. Das Ergebnis sind unglaubliche Verrenkungen: Einerseits eine einheitliche Republik Makedonien – andererseits für Albaner "unsere Regierung und Parlament mit allen von diesen abhängigen Körperschaften".<sup>32</sup>

Die beiden albanischen Parteien haben bei ihren Koalitionsbemühungen geschickter als andere taktiert, auch wenn dieses Geschick lediglich die Vermeidung des Ungeschicks anderer Parteien ist. Eine längerfristige Perspektive ist ihren Einigungsbemühungen nicht zuzutrauen. Zum ersten wurden die Koalitionsverhandlungen nur begonnen, um inneralbanische Zwiste und "Leidenschaften" einzuebnen. Zum zweiten hatte die PDP auch bei nichtalbanischen Parteien sondiert, fühlte sich am Ende aber doch den albanischen Radikalen "programmatisch am nächsten". Was immer das heißen mochte – wahltaktisch bedeutete es eine Konzentration auf albanische Wähler und damit eine Konkurrenz der albanischen Koalitionäre. Und zum dritten gab es von Anfang an Streit um die zu

<sup>31</sup> Mile Radenković: Makedonija – Paklena zona (M. – Höllische Zone), in: NIN (Belgrad) 13.8.1998, S. 52

<sup>32</sup> Berichte in: Puls 30.7. und 6.8.1998

erwartenden Mandate. Die Radikalen der PDPA-NDP<sup>33</sup> verlangten 50:50, was der größeren PDP inakzeptabel erschien. Um nicht ein Zerwürfnis analog zur makedonischen Opposition zu riskieren, wurde diese Frage bis nach den Wahlen vertagt.<sup>34</sup>

Die Radikalen Džaferis sind keine reale Gefahr.<sup>35</sup> Der SDSM genügt es, die Aussagen und Drohungen des Abgeordneten Džaferi mit der albanischen Realität in Makedonien zu konfrontieren, um sie dadurch lächerlich zu machen oder als Kompensation eines schwindenden Einflusses zu interpretieren.<sup>36</sup> Wenn Džaferi z.B., was er gern und häufig tut, von einer "Marginalisierung" und "Ghettoisierung" der Albaner in Makedonien spricht, dann genügt ein Blick in Statistiken des Bildungswesens, um das Gegenteil zu beweisen:<sup>37</sup>

Nationalität	Studenten	Anteil Frauen %	Absolventen	Anteil Frauen %
Makedonen	28.766	55,4	2.782	54,9
Albaner	1.308	43,4	100	40,0
Türken	245	51,0	18	38,9
Vlahen	287	59,2	24	41,7
Roma	35	42,9	3	33,3
sonstige	905	51,7	86	41,9
total	31.546	54,8	3.013	53,8

Manche Analytiker in Makedonien meinen, daß das neue Parlament von 1998 eher dem von 1990 als dem von 1994 ähneln wird: eine starke VMRO-DPMNE, eine kaum schwächere Sozialdemokratie, zwischen denen eine Verständigung so gut wie ausgeschlossen erscheint. Wer immer die Wahlen gewinnt, wird eine Regierungskoalition erstellen müssen – und eine Koalition *ohne* Beteiligung der Albaner erscheint so gut wie ausgeschlossen. So wenigstens sagte es Christopher R. Hill, US-Botschafter in Makedonien, und er fügte hinzu, daß die USA keinen Favoriten in Makedonien hätten, wohl aber mit jeder Regierung kooperieren wollten.<sup>38</sup>

#### 5. Präsident Gligorov: Altenteiler im wohlbestellten Haus?

In den beiden schon mehrfach erwähnten Interviews wiederholte Präsident Kiro Gligorov seine "definitive Entscheidung", daß "ich kein Kandidat für die nächsten Präsidentenwahlen

<sup>33</sup> Beide Parteien haben sich unlängst zu einer *Demokratischen Partei der Albaner* (DPA) vereint, die aber noch nicht amtlich registriert ist, W.O.

<sup>34</sup> Bericht in: Nova Makedonija 7.8.1998

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Ihre Forderungen sind zweisprachig aufgelistet in: Dokumente politike – Political Documents, Tetovo 1994

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Bericht in: Večer 1.-3.8.1998

Bilajana Jovanovska. Sé povek'e akademici od nacionalnostite (Immer mehr Akademiker von den Nationalitäten), in: Nova Makedonija 1.-3.8.1998

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Interview in: Fokus 7.8.1998, S. 10-13

bin". Das war zu erwarten, aber dennoch scheint es den Makedonen schwerzufallen, und zu Gligorov kamen "Juristen, die mir darlegen, daß es kein verfassungsmäßiges Hindernis für meine Kandidatur gäbe, weil das erste Mandat noch in die Zeit der alten Verfassung fiel", der Präsident also entsprechend der neuen Verfassung durchaus nochmals kandidieren könnte.

Gligorov will nicht mehr (sagt er im Moment), und dabei spielten gewisse Vorkommnisse aus jüngster Zeit keine Rolle, etwa die angebliche "Liebesaffäre" (ljubovna afera), die ihm – einem 81jährigen! – mit unglaublichem Medienecho nachgesagt worden war. Der Präsident hat das alles souverän an sich abgleiten lassen, auch die Versuche der LDP (Stojan Andov) zu seiner "vorzeitigen Entthronung", um nun selber den Zeitpunkt seines Abgangs zu bestimmen.

Im zweiten Interview erinnerte sich Gligorov, wie alles vor acht Jahren angefangen hatte:

Diese acht Jahre waren außerordentlich schwer und anspruchsvoll. Bereits in jungen Jahren hatte ich das Gefühl, daß wir als Volk hintanstehen – wir haben keinen Staat, dürfen uns nicht Makedonen nennen, können nicht unsere Sprache sprechen, haben keine Schulen in der Muttersprache. Als es das dann gab, war das für mich kein Anlaß, deshalb nach Makedonien zurückzukommen. Später zerfiel Jugoslawien, und in Belgrad konnte man nicht mehr leben. Ich fing an, jede Woche herzukommen, ein paar Tage hierzubleiben, zurückzukehren, wiederzukommen... Und als nach den Wahlen Andov, Gošev und Georgievski vereinbarten, daß Andov Präsident sein sollte, tauchte auch die Idee auf, daß unser Erzbischof Mihail Präsident der Republik sein könnte. Dessen Reaktion war, daß es nicht gut wäre, wenn Kirche und Staat derart vereint wären, und er schlug vor, daß man jemand anderen fände, wobei dann mein Name fiel. Später stimmte der Zentralausschuß des SKM-PDP (= Reformkommunisten, W.O.) zu, daß ich der Kandidat sein sollte. Es war gegen 11 Uhr abends, die Sitzung dauerte lange, und Gošev rief mich an, um mich zu informieren. Ich fragte ihn, ob es ein Einvernehmen der Partner gäbe, und sagte ihm, daß ich mir die Sache noch überlegen müßte. Am nächsten Tag rief ich ihn gegen Mittag an. Ich sagte ihm, daß ich von der Angelegenheit nicht begeistert sei, daß ich 45 Jahre nicht hier gelebt hatte und daß es für mich eine schwere Aufgabe sein würde. Und ich sagte weiter: Also, wenn alle drei Parteien da einig sind und wenn die Albaner zustimmen und wenn es gar keine andere Lösung gibt - dann schlagt mich vor. Nach zwei Tagen rief er zurück, um mir zu sagen, daß alle einverstanden waren, und um mich einzuladen zu kommen (denn damals war ich in Belgrad). Ich kam am nächsten Tag, traf mich mit einigen Spitzenpolitikern, um ihre Reaktionen zu erkunden. Ich war mir unsicher, ob die VMRO dafür stimmen würde, aber Georgievski hatte auch nicht Nein gesagt. Wir hielten eine Versammlung ab. Die Albaner schwankten, sie forderten Ministerämter. Nach zwei Tagen tagte das Parlament. Es kamen das alte Präsidium, die alte Regierung, alle Parteien, verschiedene Glaubensgemeinschaften, die damaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts usw. Dann verlas jemand von der SDSM den Vorschlag, den 30 Abgeordnete unterschrieben hatten. Dann sprach ein Liberaler, daß sie ihn unterstützten. Und dann wurde abgestimmt. Die Abstimmung: 60 Stimmzettel "ja", 30 leere (das waren die Albaner) und 30 dagegen. Was nun? Da meldete sich Dzingo zu Wort und sagte den mittlerweile legendären Satz: Jetzt, meine Herren Abgeordneten, kann uns nur noch der Herrgott helfen. Die Versammlung ging auseinander, und ich weiß nicht mehr, was dann geschah, aber in einigen Städten, vor allem in Skopje, bildeten sich Initiativen, die Unterschriften dafür sammelten, daß Gligorov Präsident werden sollte. Auch die Presse äußerte sich in diesem Sinne, und wieder begannen Gespräche unter den vier Partnern. Nach einer Woche tagte das Parlament, und 114 der 119 Anwesenden stimmten für mich. Das war eine überwältigende Mehrheit, und damit war alles erledigt.<sup>39</sup>

So balkanisch-informell fiel also jene Entscheidung, die sich umgehend als glücklich für Makedonien erweisen sollte. Gligorov war anfänglich *nicht* für ein Auseinanderfallen

-

<sup>39</sup> Interview 2

Jugoslawiens, versuchte vielmehr zusammen mit dem bosnischen Präsidenten Alija Izetbegović den Plan einer jugoslawischen Konföderation durchzusetzen, aber als das Unvermeidliche kam, agierte er ruhig und überlegt. Zum Jahreswechsel 1991/92 schaffte er es in monatelangen Verhandlungen, daß die *Jugoslawische Volksarmee* (JNA) Makedonien verließ; sofort danach ging Makedonien daran, eine eigene Armee aufzustellen, gleichzeitig aber auch seine Sicherheit der internationalen Gemeinschaft anzuvertrauen. <sup>40</sup> 1992 überstand Makedonien das erste (einseitige) griechische Embargo. Im Dezember 1992 beschloß der UN-Sicherheitsrat, UNPROFOR-Truppen nach Makedonien zu schicken, worauf im Januar/Februar 1993 zuerst 700 Skandinavier, im Juni 300 US-Soldaten eintrafen. <sup>41</sup> Im April 1993 wurde Makedonien in die Vereinten Nationen aufgenommen, im Dezember 1993 wurde das Land von den wichtigsten EG-Ländern diplomatisch anerkannt (nachdem der griechische Außenminister deutsches Eintreten für Makedonien mit den unvergessenen Worten kommentiert hatte, "Deutschland ist ein Monster mit kindischem Verstand"), und ähnliches mehr. <sup>42</sup>

1998 wurde Gligorov in dem erwähnten ersten Interview gebeten, sich an ein paar "grundlegende Erfolge" seiner Amtszeit zu erinnern, worauf er eine für ihn charakteristische Antwort gab:

Bald wird es sieben Jahre seit der Eigenstaatlichkeit Makedoniens her sein, und das was allen außerhalb, aber vor allem unseren Menschen hier in Makedonien in die Augen sticht und am Herzen liegt, ist, daß wir in diesem Zeitraum nicht in den Krieg hineingezogen wurden. Das ist die hauptsächliche Errungenschaft. Wir sind, bei aller nationalen Verschiedenheit, alles in allem rund zwei Millionen Leute. Wir haben die jungen Generationen davor bewahrt, in Kriegen umzukommen, und die ganze Bevölkerung vor undenkbarsten Folgen, Terror, ethnische Säuberung (etničko čistenje)... Diese Tatsache verblaßt vermutlich schon im Bewußtsein unserer Leute, weil sie bereits daran gewöhnt sind. In Makedonien herrscht Frieden oder relativer Frieden, ungeachtet der bestehenden Gefahren, die nie ganz verschwunden sind (...) Wie leicht hätten wir durch einen falschen Schritt in diesen Grauen hineingeraten können, das unserem Volk die größten Traumata zugefügt hätte.

Welcher Staatsmann in Ex-Jugoslawien kann so etwas noch sagen? Wer hat Gligorov diesen Erfolg so übelgenommen, daß auf ihn Anfang Oktober 1995 ein schweres Attentat verübt wurde, dessen Akteure bis heute nicht ermittelt wurden? Wird Makedonien in naher Zukunft wieder einen Staatsmann benötigen, der es vor akuten Gefahren bewahrt? Wer kann Kiro Gligorov ersetzen?

Niemand ist unersetzlich, und wer immer künftig die Rolle des Präsidenten (und Oberbefehlshabers) spielt – er wird das unter Berücksichtigung von einigen *Essentials* tun, die Kiro Gligorov als unveränderliche Koordinaten makedonischer Außen-, Innen- und Sicherheitspolitik aufgestellt hat:

Detailliert dazu Trajan Gocevski: Kolektivnata bezbednost i odbranata na Makedonija (Die kollektive Sicherheit und die Verteidigung Makedoniens), Kumanovo 1994; der Verfasser war in dem genannten Zeitraum Verteidigungsminister Makedoniens, W.O.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Ljubomir Jakimovski (Hrsg.): The Republic of Macedonia, Skopje 1993, S. 54 ff.

<sup>42</sup> Detailliert dazu Georgi Ajanovski (Hrsg.): Priznavanjeto na Makedonija (Die Anerkennung Makedoniens), Skopje 1993

- 1. Äquidistanz (ekvidistanca) zu Nachbarn auf dem Balkan: Makedonien wurde knapp 600 Jahre lang von den Osmanen politisch unterdrückt, hundert Jahre lang von Griechen, Bulgaren und Serben national und ethnisch vereinnahmt, 1913 unter den drei Ländern aufgeteilt, im königlichen Jugoslawien als "Südserbien" behandelt, so daß der Großteil der makedonischen Geschichte von Denationalisierung und Ausbeutung der Makedonen durch ihre Nachbarn charakterisiert ist. Deshalb hatte schon der Nestor der makedonischen nationalen Emanzipation, Krste Petkov Misirkov (1874-1926), für einen makedonischen Separatismus plädiert, und Gligorovs Äquidistanz wirkt nur wie eine Neuformulierung derselben Sache. Sie ist es aber nicht, sondern sie drückt "unsere Bereitschaft zu maximaler Kooperation mit jedem Nachbarn" aus, allerdings mit einem "wesentlichen Zusatz: daß kein einziger der Nachbarn ein Übergewicht oder irgendeine Dominanz haben darf". 43
- 2. Festlegung (opredelba) auf eine Mitgliedschaft in NATO und EU: Das wird zwar von allen postkommunistischen Staaten postuliert, aber Makedonien hat mehrfach bewiesen, wie ernst es damit meint: Es hat in den frühen 90er Jahren seine Sicherheit ganz offiziell dem Schutz durch die internationale Gemeinschaft unterstellt und diesen Schutz auch bekommen; es hat seine Volkszählung 1994 von Brüsseler Experten vorbereiten und überwachen lassen; es hat seine Wahlen von der OSZE kontrollieren lassen; der NATO 1998 ein Gelände in Krivolak am Vardar, ca. 100 km südöstlich von Skopje, überlassen und anderes mehr. Mit dieser Festlegung ist das Land auch immer besser gefahren, wie seine momentane Sicherheits- und Wirtschaftslage bezeugen.
- 3. Bürgergesellschaft (grag'ansko/civilno/opštestvo) mit garantierten Menschen- und Minderheitsrechten – exakt das, was die "Werteinteressen" (M.J.Calic) der internationalen Gemeinschaft auf dem ganzen Balkan ausmacht.
- 4. Landesverteidigung im Sinne dessen, was in Deutschland einmal "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" (STRUNA) genannt wurde: "Unsere Verteidigungsstrategie muß darauf bedacht sein, daß wir eine Armee und Waffen entsprechend unserem Bedürfnis, uns verteidigen zu können, haben".<sup>44</sup>
- 5. "Offener politischer Prozeß, Machtwechsel auf demokratische Weise, politische Ausgewogenheit im Parlament, freie Wahlen, Präsident aller Bürger, Medienpluralismus" alles Dinge, die in Makedonien unterschiedlich weit entwickelt und ausgeprägt sind, sich aber allesamt auf einem vielversprechenden Weg befinden.
- 6. Keine Kontinuitätsbrüche beim identitätsstiftenden Verständnis der nationalen Historie, denn "wir sind ehrfurchtsvolle Nachfolger der Traditionen unseres Volks".

Soweit das politische Vermächtnis des Präsidenten Kiro Gligorov, der der Zukunft gelassen entgegensieht:

Nun ja, in einem Jahr endet mein zweites Mandat. Ich gehe, andere werden kommen. Ich denke, daß man aus einer gewissen zeitlichen Distanz alle Ereignisse, die in diesem Land abliefen, bewerten wird. So-

<sup>43</sup> Interview 2

<sup>44</sup> Interview 2

wohl die, die etwas für das Land brachten, für den Frieden in ihm, für die innere Stabilität, für die internationale Affirmation, als auch die, in denen Fehler gemacht wurden. Dabei wird man auch meine Arbeit bewerten – wie ich gearbeitet habe, wo ich Erfolg hatte, wo ich Fehler machte usw. 45

<sup>45</sup> Interview 2

#### 6. Makedonen, Albaner, Kosovokonflikt und NATO

Der US-Botschafter in Makedonien, Christopher Hill, ist auch in die internationalen Bemühungen im Kosovo involviert, was er in dem erwähnten Interview nicht nur nicht ausließ, sondern auch ganz direkt auf Makedonien bezog:

(...) wir müssen einfach eine Lösung für das Kosovo finden. Und wir werden sie finden... Das ist keines jener Probleme, die man niemals wird lösen können, mit denen man nie zurechtkommt. (...) Es ist klar, daß das Schicksal Makedoniens nicht von einer Lösung im Kosovo abhängt. Ich denke, daß Makedonien sich in dem Moment auf Europa zubewegen soll, in dem es zu befähigt ist, aber das hängt nicht vom Kosovo ab. 46

Makedonien liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des Konflikts im Kosovo, und egal welche Lösung für den Kosovo gefunden werden wird – Makedonien wird damit leben können. Selbst ein "souveränes" Kosovo wäre keine unmittelbare Bedrohung, auch wenn es gewiß zu einer Belebung der radikalen Albaner in Makedonien führen würde. Die momentane Entwicklung im Kosovo hat etwa folgende Auswirkungen auf das Land:<sup>47</sup>

- 1. Der Konflikt kann auf Makedonien übergreifen, das jetzt schon (so Präsident Gligorov in dem zitierten ersten Interview) alle Mühen "zur Befestigung unserer Grenze und zu deren Schutz" aufwendet, denn "es werden oft Versuche unternommen, diese Grenze mit Waffen zu überschreiten".
- 2. Über 22 Prozent der makedonischen Bevölkerung sind Albaner, die in der Vergangenheit versuchten, einen ähnlichen Weg wie die Albaner im Kosovo zu gehen: Ausrufung einer "Albanischen Republik *Ilirida*", Aufstellung eigener bewaffneter Einheiten, Boykott von Volkszählungen, "Albanische Universität Tetovo" etc. <sup>48</sup> Diese Dinge beruhigten sich 1993/94, scheinen unter dem Eindruck des Kosovo-Konflikts aber partiell wieder aufzuleben: Wo Albaner die numerische Mehrheit haben, versuchen sie Makedonen aus den politischen Gremien zu drängen, sie durch nationalistische Äußerungen oder das demonstrative Negieren makedonischer Staatsfeiertage und Staatsembleme zu provozieren. So etwas vergiftet das Klima, zumal es auf makedonischer Seite nicht wenige gibt, die den Albanern alles andere als wohlgewogen sind.
- 3. Ein neues (wiewohl lange erwartetes) Problem sind albanische Flüchtlinge aus dem Kosovo, nachdem die dortigen Kampfhandlungen schätzungsweise 10 Prozent der albanischen Bevölkerung aus ihren Wohnorten flüchten ließen. <sup>49</sup> Für Makedonien geht es vor

a.a.O. (Anm. 38)

Vgl. dazu auch Hans-Georg Ehrhart, Matthias Z. Karádi: Ruhe vor dem Sturm? Das Krisendreieck Kosovo, Albanien, Mazedonien, in: Rienhard Mutz et al. (Hrsg.): Friedensgutachten 1998, Münster 1998, S. 49-62; Predrag Jureković, Gustav E. Gustenau: Die Konfliktentwicklung im südslawisch-albanischen Raum, Wien 1998

Detailliert Sophia Clement: Macedonian Albanians and Kosovo Albanians: Towards the Bosnian Model?, in: Thanos Veremis, Evangelos Kofos (Hrsg.): Kosovo: Avoiding Another Balkan War, Athen 1998, S. 357-387

<sup>49</sup> Boštjan Slatenšek: Kam bodo odišli Albanci? (Wohin werden die Albaner gehen?), in: Mladina (Ljubljana) Nr. 32, 10.8.1998, S. 32

allem um solche Flüchtlinge, die in albanischen Mehrheitsgebieten in West-Makedonien förmlich "versickern": Sie kommen als "Gäste", finden bei Freunden oder Verwandten Unterschlupf oder werden von islamischen "Hilfsorganisationen" anhand vorbereiteter Listen untergebracht. In kaum einem Fall melden sie sich bei makedonischen Behörden – was nicht zuletzt damit begründet sein mag, daß Flüchtlinge nur 90 Tage im Lande bleiben dürfen und es dann wieder verlassen müssen. Allerdings könnten sie nach einem kurzen Abstecher in die Heimat wieder zurückkommen und erneut 90 Tage einen Flüchtlingsstatus beanspruchen. Aber die von islamischen Organisationen dirigierten Flüchtlinge melden sich überhaupt nicht, was die Regierung einstweilen nicht ungern sieht: Sie erinnert sich beispielsweise an deutsche Aufwendungen für bosnische Flüchtlinge ("8-900.000 DM monatlich") und ist zufrieden, daß die Last der Betreuung auf internationale Institutionen wie das UNHCR fällt (das bei dieser Gelegenheit auch gleich frühere Kosovo-Flüchtlinge, die sich seit Jahren illegal in Makedonien aufhalten, mitversorgen kann). 50 Diese Taktik könnte sich schon sehr bald als kurzsichtig erweisen, wie der pensionierte General Mitre Arsovski, vor wenigen Jahren Verfasser einer sehr interessanten Dokumentation über Makedonien im zerfallenden Jugoslawien,<sup>51</sup> in einem Interview sagte: Irgendwann wird sich das UNHCR zurückziehen, und Makedonien hat dann eine um eine unbekannte Zahl von Kosovo-Flüchtlingen vergrößerte Minderheit im eigenen Land.<sup>52</sup>

Das Grundproblem ist freilich gravierender Natur: Die sogenannte *Albanische Befreiungsarmee des Kosovo* (UCK) hat ihre terroristischen Ziele nicht zuletzt durch Erklärungen zu Makedonien ("Zone 2") und mutmaßliche Anschläge dort bewiesen, was Makedonien die schützende Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft sicherte: Im Juli beschloß der UN-Sicherheitsrat, die dort stationierten "Blauhelme" (UNPREDEP) um 350 auf insgesamt 1.050 zu vermehren und deren Mandat bis zum 28. Februar 1998 zu verlängern. Das war für Makedonien auch eine Art "Belohnung" für frühere Konzessionen, die Premier Branko Crvenkovski im Juni so formulierte:

Auch Makedonien und Albanien sind zu Recht besorgt wegen eines Übergreifens des Kosovo-Konflikts auf ihre Territorien. Die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft, eingeschlossen auch die NATO-Luftmanöver, zu denen die makedonische Regierung ihre Zustimmung gegeben hat, haben zum Ziel den Stop der Gewalt, die Verhinderung der Ausweitung des Konflikts, die Stützung der Stabilität der Republik Makedonien und Albaniens.

Auch Albaniens Premier Fatos Nano würdigte die NATO-Bemühungen mit geradezu begeisterten Worten:

Makedonien und Albanien bilden einen Pol des Friedens auf dem Balkan und die guten Beziehungen liegen nicht nur in ihrem Interesse oder im Interesse der Albaner und Makedonen, sondern stellen eine Empfehlung für den ganzen Balkan dar. Die albanische Regierung betrachtet den NATO-Beschluß zu

Nataša Dokovska: Gosti koi baraat pomoš! (Gäste, die Hilfe fordern!), in: Puls 6.8.1998, S. 20-21

<sup>51</sup> Mitre Arsovski: Hronika na eden neminoven raspad (Chronik eines unvermeidlichen Zerfalls), Skopje 1995

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Wortlaut in: M-Express 7.8.1998, S. 19-21

Luftmanövern über beiden Ländern als Warnung an die BR Jugoslawien und als Schutzmaßnahme für die Stabilität Albaniens und Makedoniens.  $^{53}$ 

Bei soviel Engagement für Makedonien (und Albanien) machte selbst die UCK einen Rückzieher: Wie der bei Makedonen und Albanern hochangesehene Politiker Hisen Ramadani in einem Interview<sup>54</sup> sagte, habe ein UCK-"Kommandant mit dem konspirativen Namen K'ori" erklärt, daß "die UCK die Souveränität und Integrität der Republik Makedonien anerkennt" und daß "die Lage der Albaner in Makedonien Sache der dortigen politischen Parteien" sei.

Wenn eine solche Erklärung wirklich seriös wäre, käme sie in jedem Fall zu spät: Die Makedonen wollen und können ihr Mißtrauen gegen die UCK nicht aufgeben – die Albaner in Makedonien wollen und können nicht von ihrem Mitgefühl für die Albaner im Kosovo und der Verehrung der "heroischen" UCK lassen. Und beides wird im Wahlkampf keine interethnisch positiven Auswirkungen haben.

Den mehrfachen Nachteil davon hat vor allem Präsident Gligorov: Seine Hoffnungen auf eine friedliche Lösung im Kosovo schwinden, seine Befürchtungen einer Einbeziehung Makedoniens in wenig überlegte NATO-Aktionen auf dem Balkan steigen, der politische Druck der Opposition auf ihn wächst. Den Anfang machte die LDP, die im Parlament einen Beschluß durchbringen wollte, daß "Makedonien nicht für die Vorbereitung, Organisierung und Durchführung von Angriffen auf irgendeinen Nachbarstaat benutzt werden darf". Damit war das Signal gegeben, daß der Präsident und die Regierung von Teilen der Opposition als "Staatsverkäufer" und ähnliches beschimpft wurden, weil sie angeblich der NATO das Gelände um Krivolak zu eben solchen "Angriffen" zu Verfügung gestellt habe. In diesem Zusammenhang wurde in manchen makedonischen Blättern und von Autoren wie Slobodan Čašule (von dem so etwas nicht zu erwarten war) ein unglaublicher Unsinn zusammengeschrieben: Makedonien mache sich zum Diener desselben Europa, das seit 130 Jahren mit Kriegen und Grenzziehungen, mit "Drang nach Osten" und nach "warmen Meeren" alle Balkan-Konflikte verursacht habe etc. Se

Wie ernst ist so etwas zu nehmen, das alles in allem an serbische nationalistische Statements von 1991-93 erinnert? Mirka Velinovska, couragierte Redakteurin beim Skopjer Wochenblatt *Puls*, schrieb so etwas der "Unreife, Oberflächlichkeit und dem Unverständnis der wahren langfristigen Interessen des Staates" zu, wie sie seit Ausbruch des Kosovo-Konflikts bei der Opposition zu finden seien. Und sie fragte, welche Informationen gewisse Politiker noch benötigten,

um zu verstehen, daß makedonische Politik bei der Lösung interethnischer Probleme unvergleichlich erfolgreicher als die der BRJ ist und daß es deshalb keinen Grund gibt, von jener fasziniert zu sein. Daß

<sup>55</sup> Petar Karajanov: Državata i vlasta (Der Staat und die Macht), in: MV Juli/ August 1998, S. 25

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Beide Zitate nach: MV Juni 1998, S. 8

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Wortlaut in: V 15./16.8.1998

Slobodan Čašule: Evropa na Balkanot vojuva samat so sebe (Europa kämpft auf dem Balkan mit sich selber), in: F 14.8.1998, S. 40-41

Makedonien nicht im Kosovo verteidigt wird, sondern hier, innerhalb unserer Grenzen. Daß es keine neutrale Position gibt, wenn ein Teil der Bürger sich für die eine, der andere für die andere Seite in diesem verdammten Konflikt begeistert. Daß der NATO-Schutzschirm für uns so nötig wie das tägliche Brot ist. <sup>57</sup>

Das interethnische Hauptproblem Makedoniens ist gegenwärtig, daß das vielfach provokative Verhalten der Albaner – Ortschaften ändern eigenmächtig ihren Namen, in albanischen Mehrheitsgemeinden werden Makedonen planmäßig aus allen Organen und Institutionen hinausgedrängt, an makedonischen Staatsfeiertagen wird nicht die makedonische Flagge gehißt etc. – Anlaß zu konträren Interpretationen und Schlußfolgerungen durch Regierung und Opposition gibt. Teile der (nationalistischen) Opposition deuten das als Aspekte einer gewissermaßen Generalmobilmachung der Albaner, die in Makedonien Taktiken und Strategien wie die Albaner im Kosovo verfolgen – wogegen die Regierung aus Angst vor der internationalen Gemeinschaft nicht nur nichts unternimmt, sondern die offenkundigen Gefahren auch noch "vertuscht".<sup>58</sup>

Diese Dinge sind natürlich auch der Regierung bekannt und werden von ihr mit Mißfallen, jedoch ohne größere Besorgnis verfolgt. In Makedonien gibt es seit wenigen Jahren neue "Gesetze über lokale Selbstverwaltung", die als mittelfristig wirksames Regulativ gegen (noch) bestehende interethnische Friktionen angesehen werden. So geht es aus einem Interview mit Vlado Popovski hervor, Ex-Justizminister und seinerzeit federführend bei diesen Gesetzen.<sup>59</sup> Popovski erinnerte an den Grundgedanken der Gesetze – die Kommunen vom früheren "kommunalen Cäsarismus" wegzuführen ("damals hatten wir so viele Staaten, wie wir Kommunen hatten") und ein vernünftiges Verhältnis zwischen staatlichen (Polizei), unabhängigen (Justiz) und kommunalen Angelegenheiten (Wirtschaft, Bildung etc.) einzuführen. Unter den früheren Verhältnissen "wurde ein bestimmtes Segment der Bevölkerung, wobei ich vor allem an die Albaner denke, marginalisiert" – unter den jetzigen kommt sozusagen die albanische Antwort mit gelegentlichen Attributen von "Partikularismus, Sektierertum, Exklusivität", aber nicht im Sinne einer "Revanche" (odmazda). Diese bewirken dann die genannten Erscheinungen wie Verdrängen von Makedonen aus Kommunalverwaltungen etc., was bei den Makedonen "Frustration und Bedrohungsvorstellungen" erweckt. Alles in allem eine unangenehme Situation, die sich aber bald und grundlegend verändern wird: Ethnische "Exklusivität" kann nur in Staatsbetrieben statthaben, wird also im Maße der Privatisierung verschwinden; die ethnische Repräsentativität in politischen Gremien ist durch eine "Korrektur des Gesetzes über Kommunalwahlen" zu erreichen; die Justiz ist überkommunal und untersteht höchsten Gerichten des Landes, die Polizei in Maßen auch. Mit anderen Worten: Erst die kommunale Neuregelung kann den Interessen der Bürger vollauf entsprechen, und mit Blick darauf sind gewisse Entwicklungen bei den Albanern als (leicht mißverständliche) institutionelle "Auffüllung mit Kadern aus dieser Population" zu verstehen.

Mirka Velinovska: Opozicija bez kompas (Opposition ohne Kompaß), in: P 6.8.1998, S. 10-12

Kosta Stoimenovski: Zabošotuvanje na realnite sostojbi (Vertuschung realer Zustände), in: Makedonsko sonce 7.8.1998

In: Makedonsko vreme Juli-August 1998, S. 26-28

Zwischen Makedonen und Albanern gab es niemals eine "Liebe" – die gab und gibt es zwischen balkanischen Nachbarn nie und nirgendwo<sup>60</sup> –, aber es bestand auch nie eine "Bedrohung" zwischen beiden. Was es momentan gibt, sind Mißverständnisse, überbordende Emotionen, falsch verstandene Solidaritäten etc., was von Einsichtigen wie dem Albaner Hisen Ramadani (der sehr genau die Fehler seiner Landsleute in ihren Mehrheitskommunen erkennt und benennt) mit dankenswerter Offenheit artikuliert wird:

(...) die Zustände im Kosovo haben keine direkte Auswirkung auf die interethnischen Beziehungen in Makedonien, wobei man aber Verständnis für die emotionale Anspannung der Albaner Makedoniens wegen der Ereignisse und Bewegungen im Kosovo, denn sie erleben die Tragödie und das Leiden der dortigen Albaner als eigenes Unglück. Gleichfalls sollte man die Sensibilität der Albaner gegenüber den Ansichten gewisser politischer Akteure in Makedonien zu den Kosovo-Ereignissen verstehen, besonders wenn diese einseitig sind oder sogar eine antialbanische Färbung aufweisen.

Im Kosovo wurde und wird gekämpft, in Makedonien nicht. Wenn Kiro Gligorov recht hat, dann wird nicht der Kosovo-Konflikt auf Makedonien übergreifen, vielmehr wird das bessere makedonische Beispiel zu einer Befriedung des Kosovo beitragen:

Ich glaube weiterhin wie bisher, daß jeder Versuch, jede Anstrengung von Wert sind, die zum Ziel haben, den tragischen Konflikt im Kosovo auf friedliche Weise zu lösen. Das könnte ein Vertrag sein, oder wenn man die Standpunkte beider Seiten nicht vereinbaren kann, ein Ansatzpunkt zur Wiedergewinnung von Vertrauen in das gemeinsame Zusammenleben. Einige meinen, daß es dafür bereits zu spät sei, daß diese Chance vertan sein. Ich bin da nicht so sicher, und zwar aus einem einfachen Grund. Ich bin zutiefst überzeugt, daß beispielsweise die Albaner in Makedonien keinen Krieg wollen, wenigstens der größte Teil von ihnen. Ich glaube nicht, daß alle im Kosovo nach allen bisherigen Ereignissen den Ausweg in einem Krieg bis zur Vernichtung sehen. Ich denke, daß so etwas auch nicht die Absicht des serbischen Volks ist. 62

#### 7. Zusammenfassung

- 1. Die makedonischen Wahlen im Oktober 1998 könnten zu einem Machtwechsel führen, da die Opposition gewachsen und erstarkt ist und sich konzeptionelle Fehler der Regierung zunutze macht. Weithin auszuschließen ist indessen, daß irgendeine Partei die alleinige Macht erringt; Koalitionen werden unvermeidlich sein, und eine Koalition *ohne* Beteiligung der Albaner ist kaum vorstellbar.
- 2. Die aktuelle Häufung von Feier- und Gedenktagen im August 1998 gab Präsident Gligorov Gelegenheit, in zwei großen Interviews eine Standortbestimmung Makedoniens vorzunehmen: Im Lande herrscht (relativer) Frieden. Daran sind die Menschen und Medien so gewöhnt, daß sie gewisse Gefahren und Bedrohungen vergessen. Makedonien genießt den präventiven Schutz durch die internationale Gemeinschaft, befürchtet aber, in übereilte Aktionen und Interventionen der NATO einbezogen zu werden. Und es weiß, daß es bei der EU als ein Land gilt, das zahlreiche Probleme mit seinen Nachbarn hat bemüht sich aber, der EU deutlich zu machen, daß es diese Probleme (Sprachenstreit mit Bulgarien,

Detailliert dazu Siniša Tatalović: Etnički aspekti sigurnosti Jugoistoka Europe (Ethnische Aspekte der Sicherheit des europäischen Südostens), in: Politička misao (Zagreb) Nr. 2/1998, S. 65-78

Aus dem zit. Interview in: Večer 15./16.8.1998

<sup>62</sup> Interview 1

Namensstreit mit Griechenland) weder verursacht hat, noch im Sinne ihrer Urheber lösen kann.

- 3. Makedonien hat seinen (relativen) Frieden mit enormen ökonomischen Belastungen erkaufen müssen und frühere Standards nocht nicht wieder erreicht. Allerdings zeigt sich gerade 1998 eine spürbare Verbesserung der Lage: Industrieproduktion gewachsen, Außenhandel ansteigend, neue Arbeitsplätze, niedrige Inflation, erhöhtes Interesse ausländischer Investoren. Korrekturen der partiell verunglückten Privatisierung sind eingeplant und werden in nächster Zukunft erfolgen.
- 4. Änderungen des Wahlrechts und Wahlmodus bewirkten, daß im Vorfeld der Wahlen eifrig Koalitionen der Parteien debattiert wurden. Dabei kamen vor allem die Heterogenität der potentiellen Partner und die Unvereinbarkeit ihrer Standpunkte zutage. Die monatelang verhandelte Oppositionskoalition aus Nationalisten und Liberalen kam wegen überzogener Forderungen der ersteren nicht zustande, die Koalition aus gemäßigten und radikalen Albanern dürfte ihren Bestandstest erst nach den Wahlen erleben, da sie um der ethnischen Einheit willen praktisch alle Probleme und Streitfragen ausgeklammert hat.
- 5. Das nächste Parlament wird eher dem von 1990 als dem von 1994 ähneln, d.h. es wird von starken Fraktionen der Nationalisten und der Sozialdemokraten dominiert werden, wobei die Albaner sozusagen "das Zünglein an der Waage" spielen. Die internationale Gemeinschaft, vertreten durch US-Botschafter Hill, hat längst signalisiert, daß sie keinen "Favoriten" unter den Parteien hat, wohl aber mit jeder künftigen Regierung kooperieren kann und wird.
- 6. 1999 wird Präsident Kiro Gligorov (\*1917) endgültig aus dem Amt scheiden, dabei aber ein "wohlgeordnetes Haus" Makedonien hinterlassen. Die Darstellung gibt eine kurze Würdigung der "Ära" Gligorov, der 1990/91 eher zufällig an die Staatsspitze kam, sich aber danach als ausgesprochener Glücksgriff erwies: Daß Makedonien die ganzen 90er Jahre als Friedensperiode durchleben konnte, war vor allem seiner Weitsicht und Weisheit zu verdanken. Und Gligorov hat ein paar politische Essentials fixiert außenpolitische Äquidistanz, innenpolitische Bürgergesellschaft, europäische Option etc. –, die für makedonische Politik auch in Zukunft verbindlich sein werden.
- 7. Makedonien ist im ersten Halbjahr 1998 mehrfach von der albanischen Untergrundtruppe UCK als nächste "Zone" großalbanischer Kämpfe markiert worden, was die Regierung in Skopje als haltloses Bramarbasieren behandelte zu Recht, wie sich mittlerweile herausstellte. In Makedonien gibt es keine UCK-"Kämpfer" und keine jugoslawischen Minen, und vermehrte (und international unterstützte) Bemühungen um den Schutz der Grenzen (232 km mit Serbien, 191 km mit Albanien) sollen dafür sorgen, daß das so bleibt. Innenpolitisch ist die Regierung darauf bedacht, durch wohlerwogene Konzessionen den albanischen Radikalismus weiter zu dämpfen, und bei Makedonen um Verständnis für gewisse "Überkompensationen" bei der albanischen Volksgruppe zu werben. Dabei geht man davon aus, daß die jüngste Kommunalreform für baldige Besserung des

interethnischen Verhältnisses sorgen wird, und daß Makedonen wie Albaner den Wert eines friedlichen Makedonien zu schätzen wissen – gerade unter dem Eindruck der Tragödie im benachbarten Kosovo.

#### **Wolf Oschlies**

#### Macedonia in the Summer of 1998

Politico-Economic Snapshots in the Shadow of the Kosovo Conflict

Bericht des BIOst Nr. 39/1998

#### **Summary**

#### Introductory Remarks

The escalation of the Kosovo conflict since the beginning of 1998, culminating in full-scale battles accompanied by destruction and expulsions, has attracted international attention to Macedonia. The republic lies in the immediate vicinity of Kosovo, just one quarter of its population is made up of ethnic Albanians (in a compact settlement area along the western border, directly next to Kosovo), and it appears possible that the Kosovo conflict could spill over into Macedonia.

Macedonia was the only ex-Yugoslav successor state to achieve emancipation as a separate state in 1990/1991 "without a single shot" being fired (President Kiro Gligorov) and has since made every conceivable effort to preserve its status as an "oasis of peace". These efforts have enjoyed growing international support – diplomatic (recognition 1993), military (UNPREDEP 1993) and economic – which is currently being reinforced: extension and broadening of the UNPREDEP mandate, NATO presence within the country.

This small (25,713 square kilometres, 2.12 million inhabitants) and economically weak (GDP 1997 about \$ 2 billion; unemployment over 30 % according to official statistics) country will be holding elections in October 1998 that are already casting their shadows ahead: squabbles over coalitions, nationalist tones in the electoral campaign, populist aspersions against the social democratic/socialist Government coalition. These are of no importance and are certainly not characteristic of Macedonian politics: Macedonia is pursuing its "commitment to the EU and to NATO" (Gligorov) with such unswerving determination that at times the country appears to be the harbinger of a pacified, "European" Balkan region.

The present report gives a brief portrait of Macedonia in the summer of 1998. It is based on generally accessible sources which the author has been analysing for many years and which he was able to round off while attending the 31st international *Seminar on Macedonian Language*, *Literature and Culture*.

#### **Findings**

- 1. The Macedonian elections in October 1998 could lead to a transfer of power, as the opposition has grown in size and strength and is taking advantage of conceptional errors made by the Government. However, it can be practically ruled out that any party could gain power on its own; coalitions will be inevitable, and a coalition *without* the participation of the Albanians is hardly conceivable.
- 2. The numerous public holidays and memorial days in August 1998 gave President Gligorov the opportunity to describe Macedonia's current situation in two major interviews: the country is at (relative) peace. The people and the media have become so accustomed to this that they forget certain dangers and threats. Macedonia enjoys preventive protection by the international community but fears being caught up in over-hasty actions and interventions by NATO. And it knows that it is seen in the EU as a country beset by problems with its neighbours however, it is at pains to make it clear that neither are these problems (the language argument with Bulgaria and the dispute with Greece over the state's official name) of its own making, nor is it in a position to resolve them to their makers' satisfaction.
- 3. Macedonia has had to pay for its (relative) peace by taking on tremendous economic burdens and has not yet recovered to its former standards. On the other hand, the situation is improving perceptibly precisely in 1998: industrial production has grown, foreign trade is on the increase, new jobs are being created, inflation is low, and foreign investors are showing more interest. There are plans for corrections to privatisation, some parts of which had gone awry, and action is to be taken in the near future.
- 4. Changes to electoral law and the voting system have given rise to heated debates about coalitions between the parties in the lead-up to the national election. Most of all, these debates exposed the heterogeneity of the potential partners and the irreconcilability of some of their positions. Despite months of negotiation, the opposition coalition between the Nationalists and the Liberals failed to materialise because of the unacceptable demands made by the former, while the durability of the coalition between the moderate and the radical Albanians will probably be put to the test only after the elections, practically all problems and points of contention having been swept under the carpet in deference to a display of ethnic unity.
- 5. The next parliament will resemble that of 1990 rather than its 1994 predecessor, i.e. it will be dominated by strong nationalist and social democratic parliamentary groups, with the Albanians tipping the scales, as it were. The international community, represented by U.S. Envoy Hill, has long since indicated that it has no "favourite" among the parties but is willing and able to co-operate with any future government.
- 6. President Kiro Gligorov (\*1917) is going to resign from office for good, but will leave behind Macedonia as an "orderly house". The present report gives a brief appraisal of the Gligorov "era", shaped by a man who had become head of state more or less by chance in 1990/91 but thereafter proved to be a truly serendipitous find: that Macedonia has been

- able to survive all through the 90s as an "oasis of peace" has been thanks above all to his far-sightedness and wisdom. And Gligorov has established a few political essentials equidistance in foreign policy, a civic society on the domestic scene, the European option, etc. which will be the binding tenets of Macedonian politics in the future, too.
- 7. In the first half of 1998, Macedonia has variously been earmarked by the Albanian underground fighters UCK as the next "zone" in the battle for a Greater Albania, but the government in Skopje has treated this sabre-rattling as baseless bluster and rightly so, as has in the meantime become apparent. There are no UCK "combatants" and no Yugoslav mines in Macedonia, and intensified efforts (that enjoy international support) to protect the country's borders (232 km with Serbia, 191 km with Albania) are being undertaken to ensure that it stays that way. On the domestic scene, the Government is using well-considered concessions to damp Albanian radicalism further while endeavouring to promote understanding among the Macedonians for certain "over-compensations" in favour of the Albanian ethnic minority. This approach is based on the conviction that the recent local government reform will rapidly bring an improvement in inter-ethnic relations and that Macedonians and Albanians alike will appreciate the benefits of a peaceful Macedonia especially under the impression of the tragedy in neighbouring Kosovo.